Wolfgang A. Mühlhans

Anatomie eines Staatsstreichs

Der „Preußenschlag“, Carl Schmitt und der Prozess „Preußen contra Reich“

Diplomica Verlag

Mühlhans, Wolfgang A.: Anatomie eines Staatsstreichs. Der „Preußenschlag", Carl Schmitt und der Prozess „Preußen contra Reich", Hamburg, Diplomica Verlag 2021

Buch-ISBN: 978-3-96146-810-2
PDF-eBook-ISBN: 978-3-96146-310-7
Druck/Herstellung: Diplomica Verlag, Hamburg, 2021

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Die Informationen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt erarbeitet. Dennoch können Fehler nicht vollständig ausgeschlossen werden und die Bedey Media GmbH, die Autoren oder Übersetzer übernehmen keine juristische Verantwortung oder irgendeine Haftung für evtl. verbliebene fehlerhafte Angaben und deren Folgen.

Alle Rechte vorbehalten

© Diplomica Verlag, Imprint der Bedey Media GmbH
Hermannstal 119k, 22119 Hamburg
http://www.diplomica-verlag.de, Hamburg 2021
Printed in Germany

Gliederung und Inhaltsverzeichnis:

Erster Teil: Der Preußenschlag.

I. Einleitung: Zur Krise des Parteienstaats. (3)

II. Der historische Kontext. (6)

1. Ausgangsthese. (6)
2. Reich und Preußen von April bis Juli 1932. (6)

    2.1. Prophylaxe: Eine Geschäftsordnungsänderung. (7)
    2.2. Ein Wahldebakel und seine Folgen. (7)
    2.3. Brünings Kommissar-Plan für Preußen. (11)

3. Die Präsidialregierung Papen. (12)
4. Der Reichskommissar-Plan der Regierung Papen. (14)
5. Eine Bürgerkriegslage: Die Begründung des Preußenschlags (17)
6. Die Reichsexekution („Preußenschlag“). (19)

    6.1. Die Planung wird konkreter. (19)
    6.2. Der Ablauf der Reichsexekution. (22)
    6.3. Gegenmaßnahmen. (24)

Zweiter Teil: Der Prozess Preußen contra Reich und die Rolle Carl Schmitts.

I. Einleitung. (28)

II. Ausgangslage und Prozesssituation. (31)

1. Die Anträge auf Erlass einer einstweiligen Verfügung. (31)
2. Die Klage des Freistaates Preußen. (32)
3. Die Haltung der preußischen Regierung zum „Preußenschlag“. (33)
4. Die NSDAP und der Preußenschlag. (35)

III. Carl Schmitt und der „Preußenschlag“. (38)

1. Die Bestellung Carl Schmitts zum Prozessvertreter des Reiches. (38)

    1.1. Die Bestellung. (38)
    1.2. Ouvertüre: Ein Rechtfertigungsaufsatz. (39)
    1.3. Maniküre: Die geänderte Zielsetzung der Preußenaktion. (40)

2. Prozesslage und Prozessvorbereitung. (42)

2.1. Die Klage der preußischen Regierung. (42)
2.2 Die Vorbereitung der Reichsvertreter auf den Prozess. (43)

3. Die Argumentationsketten der Reichsvertreter. (45)
4. Die Argumentation Carl Schmitts im Prozess. (47)
5. Das Urteil des Staatsgerichtshofs vom 25. Oktober 1932. (48)
6. Politische Einschätzung und Kritik. (49)

IV. Preußens Ende (52)

V. Chronologie der Ereignisse. (55)

VI. Literaturverzeichnis. (56)

„Die Roten haben ihre große Stunde verpaßt.
Die kommt nie wieder“.
Joseph Goebbels.[1]

Erster Teil: Der Preußenschlag.[2]

I. Einleitung: Zur Krise des Parteienstaats.

Das Parteiensystem Weimars wurde in wachsendem Maß als Polarisierung zwischen „marxistischen“ und „antimarxistischen“ Parteien bewertet. Problematisch verstärkt wurde dieser Dualismus durch die unberechtigte Gleichsetzung der moskauhörigen KPD und der parlamentarisch orientierten, reformorientierten und staatstragenden Sozialdemokratie als „marxistisch“ auf der linken Seite des Parteienspektrums. Diese Fehletikettierung wirkte bis weit in das konservative und bürgerliche Lager. So kam es in mehreren Ländern des Deutschen Reiches zu der Situation, dass die „bürgerlichen“ politischen Kräfte lieber den Rücktritt einer funktionsfähigen Regierung hinnahmen, die dann nur mehr „geschäftsführend“ agieren konnte, als eine Mehrheitsregierung mit der SPD zu realisieren. Eine Koalition mit republikfeindlichen Partnern nahm man hingegen bereitwillig in Kauf.[3]

Die ideologischen Grundlagen dieser Entwicklung waren weit vor der Endkrise der Weimarer Republik, vor der Wirtschaftskrise und vor dem Aufstieg der NSDAP zur Massenpartei entwickelt worden. Im Umfeld der Reichswehrführung und bei der Entourage des Reichspräsidenten waren Blaupausen für eine „Reform des Parlamentarismus“ und dem Wechsel zu einem autoritären Staat entworfen worden mit dem Ziel einer Regierung, die unabhängig von einem parteienzänkischen Parlament wirken könne:

„Die Option für Autorität und entschlossene Führung fand in der Figur des Reichspräsidenten ihren Anknüpfungspunkt und bewirkte eine klare Frontstellung gegen parlamentarische Kompromißfindungspraktiken und Entscheidungsverfahren“.[4]

Karl Dietrich Bracher pointiert diese Entwicklung in seiner Besprechung der Memoiren Heinrich Brünings:[5]

„Ohne Parteienverhandlungen und ohne die Prüfung von Alternativlösungen stand das neue Regime bereit: unmittelbar nach dem Sturz der Mehrheitsregierung Hermann Müllers, dem Hindenburg soeben den Einsatz des Art. 48 betont verweigert hatte. Der Versuch einer parlamentarischen Regierungsbildung ist bewußt unterlassen worden, weil Hindenburgs Bedingung die Orientierung nach rechts und die Ausschaltung der SPD, das eigentliche Ziel die autoritär-antiparlamentarische Reform war“.[6]

Diese Konstellation vervollständigt, dass der neue Führer der DNVP, der Pressemogul Alfred Hugenberg, das „Weimarer System“ zutiefst verachtete. Selbst in der bislang staatstragenden katholischen Zentrumspartei hatten sich mit dem neuen Parteivorsitzenden, dem Prälaten Ludwig Kaas, und dem rechtskonservativen neuen Fraktionsvor-

[1] Goebbels, Joseph: Tagebucheintrag vom 21. Juli 1932.
[2] Für einen ersten Blick auf die Vorgänge und das Problemfeld s. Mühlhans, Wolfgang A. 2018: Carl Schmitt (...) S. 667-678.
[3] Vgl. Jasper, Gotthard 1986: Die gescheiterte Zähmung (...) S. 28.
[4] Ebd. S. 21 f.; Zit. ebd.
[5] Bracher, Karl Dietrich 1971: Brünings unpolitische Politik (...).
[6] Ebd. S. 119; Zit. ebd.

sitzenden Heinrich Brüning parlamentarismusskeptische Kräfte personalisiert. Vor dem Hintergrund dieser sich abzeichnenden Entwicklungen hatte schon Ostern 1929 Hindenburg bei Brüning sondiert, ob er zur Führung eines strikt und umfassend „rechts" ausgerichteten „Hindenburg-Kabinetts" bereit sei, das „antimarxistisch" und ohne die Bindung an Parteien, unabhängig vom Parlament und nur auf das Vertrauen des Reichspräsidenten gestützt die herrschende Krise bewältigen könne:

„Hindenburg warb Mitte Januar auch bei der DNVP um Unterstützung für dieses Projekt, andernfalls bleibe er in der Zwangslage (...), mit den Sozialdemokraten weiter regieren zu müssen". Eine Änderung der Regierungsverhältnisse in Preußen, wo nach wie vor eine sozialdemokratisch geführte Weimarer Koalition amtierte, vervollständigte die politische Wunschliste des Reichspräsidenten."

Auch in den Planungen der Nationalsozialsten für ihren Weg zur Macht im Deutschen Reich kam Preußen eine Sonderstellung zu. Die Regierungsübernahme in Preußen bildete „einen integralen und unverzichtbaren Bestandteil der nationalsozialistischen Machteroberungspolitik", wie sie seit 1930 in den politischen Planspielen der nationalsozialistischen Parteiführung nachweisbar ist. Die Herrschaft im Reich wie in Preußen waren für Peter Longerich „zwei parallel vor sich gehende Prozesse, die sich gegenseitig bedingten und ergänzten".[7]

Preußen hatte im Vergleich zum Reich seit 1918 einen hohen Grad der Demokratisierung erreicht. Hatten im Reich die demokratischen Parteien bereits 1920 ihre Mehrheit eingebüßt, regierte in Preußen von 1919 bis 1921 und durchgehend ab 1925 die weitgehend stabile „Weimarer Koalition" aus SPD, katholischer Zentrumspartei und linksliberaler DDP. Zudem hatte Preußen nach dem Kapp-Putsch vom März 1920 seine Beamtenschaft konsequent republikanisiert und ein eigenständiges preußisches - nunmehr demokratisches – Staatsbewusstsein fortgeführt bzw. entwickelt, „nicht im Sinne eines preußischen Partikularismus, sondern geprägt durch den Anspruch, den Kern der Republik zu verkörpern". Diese Sonderstellung schuf eine frühe und anhaltende Gegnerschaft zur nationalsozialistischen Bewegung.

Schon am 25. Mai 1930 hatte die preußische Regierung eine Verordnung erlassen, nach der es für preußische Beamte verboten war, Mitglied der NSDAP oder der KPD zu sein. Grundlage der Verordnung war die Weimarer Reichsverfassung (WRV), die es Staatsbeamten ausdrücklich verbot, für Gruppierungen aktiv zu werden, die als verfassungsfeindlich eingestuft waren. Reichsinnenminister Severing hatte – noch als Minister der letzten parlamentarischen Regierung Müller – Vorbereitungen getroffen, um die NSDAP als verfassungsfeindliche Organisation verbieten zu können.[8] Müllers Nachfolger Brüning aber verfolgte den Plan Severings selbst dann nicht mehr, als man in Hessen im Oktober 1931 bei einem Anführer der paramilitärischen SA Geheimpläne für einen gewaltsamen Umsturz und die gewaltsame Machtübernahme durch die NSDAP mit Listen für zu vollstreckende Todesurteile sicherstellte („Boxheimer Dokumente"). Die Brisanz dieser Dokumente wurde vielmehr heruntergespielt:

„Die Vorgänge um die Boxheimer Dokumente zeigten, in welchem Maß sich Teile von Justiz und hoher Bürokratie schon lange vor Hitlers ‚Machtergreifung' auf den schließlichen Sieg des Nationalsozialismus eingestellt hatten." [9]

Noch am 2. März 1932 ließ der preußische Ministerpräsident Otto Braun Reichskanzler Brüning ein 200-seitiges Dossier zukommen, das die NSDAP als staatsgefährdende

[7] Longerich, Peter 2018: (...) Machtergreifungsstrategie (...) S. 51; nachst. vgl. ebd. S. 51 f.; Zit. ebd.; umfassend s. Longerich, Peter 2017: Hitler (...) S.239-260.
[8] Siehe Clarc, Christopher 2008: Preußen (...) S. 728.
[9] Winkler, Heinrich August 1990: Der Weg in die Katastrophe (...) S. 449.; s. auch . Jasper, Gotthard 1986: Die gescheiterte Zähmung (...) S. 84; s. auch Longerich, Peter 2017: Hitler (...) S. 245 f.

Organisation enttarnte – bereit, die Republik zu stürzen. Ein Begleitbrief informierte ihn, dass in Preußen das Verbot der SA unmittelbar bevorstehe. Erst jetzt bewegten – vor allem auf massiven Druck aller süddeutschen Länder – Reichsinnenminister Groener, Brüning und dieser dann Hindenburg dazu, ein solches Verbot mitzutragen. Entgegen erster Zusagen trugen die Reichswehrkommandeure und Schleicher als „Chef des Ministeramts" das Vorgehen gegen die SA nicht mit und arbeiteten fortan gegen Groener.[10]

Den Nazis war bewusst, dass eine eventuelle Regierungsbeteiligung im Reich für ihre Machtergreifungspläne unzureichend war, wenn man nicht zugleich entscheidenden Einfluss auf das politische System Preußens gewinnen würde. Der Beherrschung Preußens kam also in den politischen Überlegungen der nationalsozialistischen Führung entscheidende Bedeutung zu. Nachdem die „Harzberger Front" aus NSDAP, DNVP und „Stahlhelm" zerbrochen war, weil man sich auf keinen gemeinsamen Kandidaten für die Wahl des Reichspräsidenten einigen konnte, woraufhin Hitler selbst kandidierte, versuchte die NSDAP allein an die Macht zu gelangen. Das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl und auch die Landtagswahl in Preußen im Frühjahr 1932 bewiesen allerdings umgehend die Aussichtslosigkeit dieser Machtoption. Die NS-Parteiführung suchte von da an die Zusammenarbeit mit der Zentrumspartei.[11] Verhandlungen hatten zwischen Hitler und Brüning bereits 1930 und – als Alternative zur „Harzberger Front" – am 11. Oktober 1931 zwischen Hitler und Schleicher stattgefunden, bei der auch die Option eines Reichskommissars für Preußen[12] erörtert wurde. Würde diese Lösung auch nach der Landtagswahl vom April 1932 in Preußen scheitern, so einigten sich doch beide im September 1932 darauf, wir greifen vor, die vorzeitige Auflösung des Reichstags zu betreiben.[13]

In dieser politischen Lage planten im Auftrag v. Hindenburgs, v. Schleicher und, von diesem instruiert, v. Papen und Gayl die antimarxistische „Machtübernahme" in Preußen.

[10] Vgl. Clarc, Christopher 2008: Preußen (...) S. 728 ff.; s. Jasper, Gotthard 1986: Die gescheiterte Zähmung (...) S. 84 ff.
[11] „Ohne Zentrum ist nirgends etwas zu machen. Weder in Preußen noch im Reich" (Goebbels am 27. April 1932, zit. nach Longerich, Peter 2018: (...) Machtergreifungsstrategie (...) S. 60).
[12] Longerich, Peter 2018: (...) Machtergreifungsstrategie (...) S. 58
[13] Vgl. ebd. S. 53 f.; näher zu den Machtoptionen der NSDAP dazu siehe ebd. 56-70.